

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freiliegend, Ortsbezugs einschließlich, Postbezugs monatlich, Nachlieferung vorbehalten. Ercheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 120 Milld., Sonnabends 150 Milld. Verkaufsstelle: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Faltstraße 4; Zweigstelle: Gottschalkstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort: Merseburg, am Falle 60b. Gen. (Streich u. n.) besteht k. Ansp. a. Liefer. od. Rückvergr.



Anzeigenpreis Für den achtspaltigen Millimeterraum 8 Goldpfennige; im Reklameteil 32 Goldpf.; für Chiffreanzeigen und Nachweilungen 21 Goldpf. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorricht ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100.

Nr. 24

Dienstag, den 29. Januar 1924

164. Jahrgang

Grundsätzlich 10 Prozent Hypothekenaufwertung

Berlin, 29. Januar. In der Frage der Hypothekenaufwertung ist jetzt die Entscheidung gefallen. Die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium, das der Hypothekenaufwertung ablehnend gegenüberstand, und dem Reichsjustizministerium, das an der Aufwertung festhalten wollte, haben jetzt einen Kompromiß gefunden. Danach wird im Rahmen der dritten Steuerordnung die Hypothekenaufwertung generell auf 10 v. H. des Sollwertes beschränkt werden; nur in Ausnahmefällen kann durch Gerichtsentscheidung darüber hinaus bis zu 25 v. H. gelangt werden. Es ist anzunehmen, daß das Statut in seiner Dienstausführung die Verschärfungen zwischen den beiden zunächst beteiligten Stellen annehmen wird. Ob für die Aufwertung der Obligationen dieselben Aufwertungssätze festgehalten werden, steht noch dahin. Auf sich wäre es widersinnig, die Aufwertung auf Hypotheken vorzunehmen und auf Obligationen fallen zu lassen. Natürlich wird die Aufwertung auf die Steuerstufe für die Entwertungsgewinne aus der Befreiung von dinglichen Käufen und aus der Befreiung von Obligationen im großen einwirken, als diese Sätze gegenüber dem letzten Entwurf der Steuerordnung noch abgeändert werden müssen. Nach dem ersten Entwurf sollte die Steuer aus Entwertungsgewinnen von Obligationen sieben bis zwölf Prozent betragen, während die Höhe der Mietsteuern der einzelnen Länder überlassen bleiben soll.

Auf der Reise nach Berlin.

Paris, 29. Januar. Der erste Sachverständigenaustausch im letzten Abend nach Berlin abgereist. Im Verlaufe ihrer nahezu dreistündigen Sitzung haben die Sachverständigen gestern früh von 10 bis 12 Uhr ein Arbeitsprogramm zu dem weiteren Aufenthalt entworfen und auch einen Fragebogen ausgebeutet, der von Berlin beantwortet werden soll. Der Sachverständigenaustausch legt seine Tätigkeit auf während der Eisenbahnfahrt fort. Eine Reihe von Mitgliedern des zweiten Ausschusses hat gleichfalls gestern Abend Paris verlassen; die anderen Mitglieder brechen erst am Abend auf. Der zweite Ausschuss wird sich am Donnerstag in Paris treffen. Mac Kennan tritt seine Reise nach Berlin von London aus an.

Der Goldbankplan der Sachverständigen.

Paris, 29. Januar. Der „Newport Herald“ wird in seiner heutigen Pariser Ausgabe folgendes veröffentlichen: Der Plan für eine neue Goldmissionenbank für Deutschland ist bereits bereit von den Sachverständigen vollständig ausgearbeitet, abgesehen von einzelnen Details. Am Mittwoch wird ein Zusammenritt der Sachverständigen mit deutschen Finanziers stattfinden und es ist zu hoffen, daß eine Vereinbarung erzielt wird, vorausgesetzt, daß auch die Reparationskommission den Plan der Sachverständigen billigt. Es ist eine Bank vorgesehen, die mit den deutschen Goldreserven oder deren Äquivalenten und mit Kapital aus dieser Kapitalisten eine Emission vornehmen wird. Die Missionenbank wird aufhören, als deutsche Emissionsbank zu fungieren. Obgleich das Gleichgewicht des deutschen Budgets eine furchtbare Aufgabe ist, sind die Sachverständigen nach Anhörung der Eisenbahnsachverständigen zu der Überzeugung gekommen, daß die deutschen Eisenbahn hier ein bedeutendes Rolle spielen werde. Der Wert der deutschen Eisenbahnen wird auf 28 bis 30 Milliarden Goldmark geschätzt, wobei zu beachten ist, daß diese Eisenbahnen durch Schulden belastet sind. Diese Eisenbahnen könnten nicht nur zur Verteilung der Budgetgleichgewichts beitragen, sondern auch für Anleihen verwendet werden.

Aus den besetzten Gebieten.

Die eudgütige Stimmenzahl der Saarwahlen. Saarbrücken, 29. Januar. Bei den Wandraufnahmen waren insgesamt abgezogen: Zentrum 101 810, Reichssozialdemokraten 46 787, Kommunisten 39 858, Saarländische Volkspartei (Liberalen und Demokraten) 33 075, Partei für Saarbesitz und Landwirtschaft 8506, Teutschnationale 3731, Saarländische Volkvereinigungen (Saar-Separatisten) 6923 Stimmen. Wahlberechtigt waren 377 300; gewählt haben 255 499, also 68,25 Prozent.

Französische Annahmen.

Kaiserlautern, 29. Januar. Der französische Delegierte des Landesparlamentes der Pfalz hat eine neue Denkschrift über das Jagdrecht in Staatsanwaltschaften herausgegeben. Ihrer Bestimmung gemäß versichern über die Staatsgassen, die nicht schon von der Armee requiriert sind, ausschließlich die Offiziere des französischen Korpsbesitzes. Heber die an die deutschen Jagdgebiete verpacketen Staatsgassen wurde folgende ungenügende Mitteilung getroffen: Der bisherige Jagdparität kann das Jagdrecht weiter ausüben, jedoch nicht auf Grund eines Rechtsanspruches, sondern nur mit besonderem Entgegenkommen des militärischen Kommandos. Eine solche auf Grund eines besonderen Gesetzes bei dem Fortlassung in Speyer zu erwartende Jagdparität ist jedoch nur geduldet und stets widerruflich. Außerdem müssen die Jagdinhaber schriftlich verpflichtet, am Schluß dieser Jagd-

Terror gegen die Wahrheit.

London, 29. Jan. Der Sonderkorrespondent der „Times“ in Heidelberg berichtet, daß die pfälzischen Separatisten große Anstrengungen machen um die Wirkungen des Berichtes des englischen Generalkonsuls in München Elise zurückzuwerfen. Sie zwingen die Berichtseinsteller, die gegen sie ausgesprochen hatten, die Aussagen zurückzunehmen und drohen im Wiederumfalls mit Ausweisung aus der Pfalz. Diese Anstrengungen der Separatisten würden jedoch auf die Rheinlandkommission gefallt. Die Separatisten seien von den französischen Geheimagenten, die Elise auf seiner Reise begleiteten, genau über den Verlauf der Verhandlungen unterrichtet worden.

Unter dem Terror der Separatisten.

Kaiserlautern, 29. Januar. Einer Reihe der pfälzischen Blätter, die derzeit zum Protest gegen die Liebergrübe der Separatisten nicht erscheinen, erhielten von der autonomen Regierung den Befehl, wieder zu erscheinen. Dem Verlangen wurde zur Aufgabe gemacht, vor ihrem Wiedererscheinen die Erlaubnis der separatistischen Regierung einzuzahlen.

Kein Kompromiß in der Pfalzfrage.

London, 29. Januar. „Daily Telegraph“ meldet, daß die englische Regierung ein von Belgien vorgeschlagenes Kompromiß in der Pfalzfrage abgelehnt habe. Die englische Regierung sei der Ansicht, daß die pfälzische Bewegung von selbst in sich zusammenbrechen werde, wenn die Franzosen die Separatisten nicht unterstützen.

Keine rheinisch-westfälischen Goldnotenbank.

Köln, 29. Januar. Nachdem Reichsbankpräsident Dr. Schacht mit günstigen Aussichten für die Gründung der neuen rheinisch-westfälischen Goldnotenbank aus Paris zurückgekehrt ist, hat das Reichsamt Louis Bageur schriftlich erklärt, er möge seine Bemühungen um die Gründung einer besonderen rheinisch-westfälischen Goldnotenbank einstellen. Geheimrat Hogen hat der Regierung geantwortet, das sei bereits geschehen.

Macdonalds außenpolitisches Programm.

Paris, 28. Januar. Der diplomatische Korrespondent der „Paris Mail“ erklärt, die englische Regierung werde in den nächsten 14 Tagen wichtige Entscheidungen treffen. Sie habe bereits privatim die Absichten bekanntgegeben, eine allgemeine Erörterung der Gesamtlage Europas herbeizuführen. Nicht nur bezüglich der Fragen der Reparationen und der interalliierten Schulden, sondern auch bezüglich der Lage im Rheinland und des gegenwärtigen Standes der französisch-deutschen Beziehungen. Die Absichten Ramsay Macdonalds seien bereits halböffentlich der französischen und der belgischen Regierung bekanntgegeben worden.

Es ist außerordentlich bemerkenswert, daß Außen Chamberlain gestern in einer Rede in Birmingham ausführte, die Konservativ Partei werde dem englischen Kabinett in der belgischen Angelegenheit keine besondere Expedition machen. Auch in der inneren Politik habe das Kabinett von vornherein keine Expedition zu erwarten, wenn es sich nicht von den in England seit Jahrhunderten geltenden Richtlinien entferne. Lediglich betrachtet Chamberlain es als einen Vorteil, daß die Arbeiterpartei die Regierung übernommen habe, weil sie die Gelegenheit habe, ihre politische Erziehung zu vervollständigen.

Macdonalds Mahnung in Frankreich totalerliegen.

London, 29. Januar. Während die französische Presse an der „Liber“ und „L'Express“ das Interview Macdonalds wütend folgte, so daß laut einer Pariser Erpressungsklage kaum 1000 Franzosen davon gehört haben, gibt die hierige Presse es andäherlich wieder. Nur die „Times“ folgen dem französischen Beispiel. Aquitil nennt es in der „Reichsmittler Gazette“ eine Indiscretion, aber glänzendes Verdienst, daß Macdonald nur auf wirken könne. Das Richard-Ex-quo verurteilt Poincare gegen Macdonald, aber in relativ maßvoller Weise.

Fortsetzung des diplomatischen Empfangs bei Ramsay Macdonald.

London, 29. Januar. Am Laufe des gestrigen Tages empfing Ministerpräsident Macdonald die folgenden diplomatischen Vertreter von 34 auswärtigen Mächten. Jedes von ihnen wurde einzeln empfangen und hatte eine Unterredung von mehreren Minuten mit dem neuen Außenminister.

Ergebnis in London.

London, 29. Januar. Sir John Radbury, das englische Mitglied der Reparationskommission, traf gestern auf besonderen Wunsch des neuen Schatzkanzlers Snowden in London ein, um mit diesem über die Möglichkeit der Bildung einer europäischen Wirtschaftskommission zu verhandeln. Die die ganzen Reparationsfragen und die interalliierten Schulden prüfen soll.

Macdonald für eine europäische Konferenz.

London, 29. Januar. „Evening News“ wollen wissen, daß Macdonald in nicht allzu ferner Zeit eine europäische Konferenz vorschlagen werde, die das große Problem der Regelung der europäischen Fragen einschließlich der Frage der deutschen Reparationen, der interalliierten Schulden, der Handelsbeziehungen und der Erleichterung des Währungsbedarfes auf einer breiteren Grundlage zum Ziel haben werde.

Unsere Wirtschaftslage.

Das deutsche Volk, das seit den Novembertagen des Jahres 1918 unter einem furchtbaren politischen Druck leidet, der eine wirtschaftliche und finanzielle Verheerung zum Ziel hatte, läßt sich verständlicherweise leicht durch ein paar glänzende Momente dazu verleiten, Hoffnungen an Dinge zu knüpfen, die eigentlich belanglos oder nur vorübergehender Natur sind. So war es auch bei dem ersten Teilnahmensbericht der Reichsfinanzverwaltung. Er schloß mit einem Liebergrübe von 26 Millionen Goldmark, und schon glaubte viele Leute, daß die Reichsfinanzverwaltung sich eingestanden hätte. Als dann der zweite Teilnahmensbericht für den Januar veröffentlicht wurde, mußte man gewahr werden, daß die Zeit vom 11. bis 20. Januar einen Zustufbedarf von 19,5 Millionen Goldmark erfordert hatte. Gleichzeitig hatte der Verwaltungsrat und der Vorstand der Reichsbank darauf aufmerksam gemacht, daß eine Aufrechterhaltung des so anhaltenden Etats nur möglich wäre, wenn die Besatzungslohn nicht weiter gesenkt würden.

Das gleiche war aus den Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Luther in Hamburg zu entnehmen. Der Staatsrat und die Mitglieder des Reiches für das Jahr 1924 sind dadurch in Einklang bringen konnte, daß es für die inneren und äußeren Aufwendungen zur Ausführung des Friedensvertrages keine Summen eingestuft hätte, daß er vielmehr seinem Haushaltsentwurf die Fortführung der in Angriff genommenen Sparmaßnahmen zugrunde gelegt hat.

Diese drei Momente sollten uns weniger hoffnungslos stimmen; wir sind noch lange nicht über den Berg hinweg. Nach wie vor bleibt die Haltung einer stabilen Währung ein sehr vornehmste Sorge. Und wenn es dem Reichsbankpräsidenten in Paris gelangen sollte, bei den Untersuchungs-ausschüssen Zustimmung für eine deutsche Goldnotenbank gemacht zu haben, so wäre das sicher als ein Anfang zu begrüßen, jedoch nicht man abwarten müssen, in welcher Form die deutsche Goldnotenbank ausgearbeitet wird, und ob die Reparationskommission aus nicht unbedeutender Geminnahme in den Weg legt. Denn wir müssen immer wieder daran erinnern, um vor bereitwilligen Hoffnungen zu warnen, die Berichte der Sachverständigenaustausche sind lediglich Material für die Reparationskommission, die nach eigenem Ermessen ihre Entscheidungen trifft. Und so spielt sich die Art sich finanz- und währungspolitische Streitfrage zu einer rein politischen zu; nämlich zu der, ob es den nichtfranzösischen Mitgliedern der Reparationskommission gelingen wird, dem französischen Einfluß in diesem Gremium zurückzudrängen.

Wie notwendig es ist, daß der Einfluß Frankreichs in der internationalen Politik im allgemeinen, wie in der Reparationspolitik im besonderen herabgemindert wird, zeigt die heutige Bilanz, die der Reichshofrat über die deutsche Kassenlage des Jahres 1923 hat aufstellen müssen. Die Gesamtschuldung an Zinsfortfall 1923 betrug circa 35 Millionen Tomen gegenüber nicht ganz 130 Millionen Tomen in 1922, 1921 136 Millionen Tomen und 1913 sogar 154,3 Millionen Tomen unter Zugrundelegung desselben Gebietsumfanges. Die Industrie stand infolgedessen dauernd unter dem Druck einer entsetzlichen Kassennot, obwohl ihre Belieferung schon der Hausbrandversorgung vorgezogen war. Ob die Verhältnisse sich in neuen Jahre bessern werden, dürfte solange unabweislich sein, wie die Ruhrwirtschaft auf außerordentlich belastenden Mietverträge noch bestehen. Allein die Reichsbank, die einen monatlichen Bedarf von 1,1 Millionen Tomen Kohle hat, ist genötigt, vollständig nach ausländischen Kohlen in Höhe von 350 Tausend Tomen per Monat einzuführen.

Die dritte Steuerordnung liegt dem Kabinett immer noch zur Beratung vor. Zwei harte Risse enthält diese Verordnung. Einmal die zu treffende Entscheidung über die Aufwertung der alten Goldschulden und zum anderen die Finanzausgleich zwischen Reich, Länder und Gemeinden. Beide Fragen drängen zu einer Lösung. Die erstere wegen der bevorstehenden Vermögenssteuererklärung Ende Februar und die zweite, damit die Länder und Gemeinden eine Grundlage erhalten, von der aus sie ihre Finanzpolitik, die im wesentlichen in einer Sparpolitik bestehen wird, führen können.

Macdonald gegen die indische Freiheitsbewegung.

London, 29. Januar. Die Botschaft, die Macdonald an Indien richtete, ist nunmehr veröffentlicht worden. Macdonald warnt in der Botschaft Indien vor jeder revolutionären Politik und vor jeder Kampfpolitik, denn, so heißt es weiter, keine englische Partei werde sich von Drohungen mit der Gewalt einschüchtern lassen.

Japans erstattet Bericht.

Paris, 29. Januar. Japan ist gestern nachmittag um 3 Uhr in Brüssel wieder eingetroffen und hat in der Kabinettssitzung seinen Ministerkollegen Bericht über seine Pariser Gespräche mit Poincare erstattet. In Pariser Regierungskreisen beobachtet man über den Inhalt der Gespräche zwischen Poincare und Japan nach wie vor stillschweigende Nachrichten aus englischer Quelle besagen, daß Poincare und Japan ausschließlich zu der Frage der besetzten Gebiete Stellung genommen haben. Man versichert, daß Poincare und Japan nach Ablauf der 14 Tage, während deren Macdonald in Paris, wie bereits gemeldet, seine diplomatische Mission vorbereitet, eine neue Zusammenkunft haben werden.

Genius Rafthofer.

Wochen, 29. Januar. Zum Vorsitzenden des Rates der Volkswirtschaftler anstelle Genins soll angeblich nicht Rafthofer, sondern der gegenwärtige Präsident der Kommunistenpartei, Stalin gewählt werden. Die formelle Entscheidung wird auf dem Kongress der Sowjetrepublik, erfolgen.

Die Niederlage Venetsch nach Prag.

Prag, 29. Januar. Dr. Venetsch trifft heute aus Paris kommend wieder in Prag ein und wird dann sofort im Außenaußenbüro über seine Reise berichten.

Papstlich beim Papst.

Rom, 29. Januar. Der jugoslawische Ministerpräsident Radich ist in Rom zum Papst empfangen worden, dem er den Wunsch ausdrückt, noch heute die Kontakte zwischen Jugoslawien und dem Vatikan abzuschließen. Papstlich begibt sich heute nach Florenz.

Panik an der Warshawer Börse.

Warschau, 29. Januar. Infolge der Einstellung des Aktienhandels entstand gestern eine Panik an der Warshawer Börse. Die ausländischen Devisen begannen rasche zu sinken.

Polnische Freiheit.

Berlin, 29. Januar. Nach Meldungen polnischer Blätter hat das polnische Ministerium die Ausweisung von je 150 reichsdeutschen Familien aus den Reichsbesitzungen Polen und Pommern als Repressalie für die angebliche Ausweisung polnischer Wanderarbeiter aus Mähren sowie die Ausweisung vierzig weiterer reichsdeutscher Familien als Repressalie für die Ausweisung von polnischen Staatsangehörigen aus Baden angedeutet. Diese Ausweisungen, welche die Regierung gegen polnische Staatsangehörige verhängt hat, sind bis jetzt überhaupt nicht durchgeführt. Nur in wenigen Fällen sind die Betroffenen, ohne das Ergebnis der polnischen Generalkonsultation in Mähren angebotenen Verhandlungen mit der dortigen Polizeidirektion abzuwarten, aus eigenen Entschlüssen abgereist. In Mähren sind Ausweisungen im gleichen Sinne in Wärscht nicht durchgeführt worden, vielmehr der Rückkehr von ausländischen Wanderarbeitern in reichsdeutscher Form durchgeführt worden, wovon etwa 1500 polnische Wanderarbeiter betroffen wurden. In der Mehrzahl der Fälle ist aber der Rückkehr zweifellos freiwillig erfolgt. Vor allem inwieweit jedoch in beiden Fällen Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau, die gegenwärtig in den Tagen zur einer Verständigung zu führen scheinen, es muß daher zunächst abgewartet werden, ob die polnische Meldung sich bestätigt.

Die Staatsangehörigkeit der südafrikanischen Deutschen.
Berlin, 29. Januar. Kalbmann hat gemeldet: Nachdem die Regierung der Südafrikanischen Union als Mandatarmacht durch den Völkerbund ermächtigt worden war, den im ehemaligen Schutzgebiet Südafrika zurückgelassenen etwa 8000 Deutschen durch Gesetz die Unionsstaatsangehörigkeit zu verleihen, ist die Reichsregierung mit General Smuts während seiner Anwesenheit in London gelegentlich die British Reichsregierung in einen Grenzkonflikt über eine Regelung der Staatsangehörigkeit strage im Zusammenhang mit Wänschen und Wänschlingen in Südafrika eingetreten. Das Ergebnis der Verhandlung ist in einem Memorandum und in einem darauf bezüglichen Briefwechsel zwischen den deutschen Vertretern und General Smuts enthalten.

Aus dem Reiche.

Verhaftungen in Dresden.

Dresden, 29. Januar. Laut „Dresdener Volkszeitung“ hat das Verkehrskommando 4 die vorgefunden von Deutschen Eisenbahnverband angeordnete Abkündigung über einen Streik der Eisenbahner unter Hinweis auf die Streikverordnungen vom 27. September 1923 verboten und verschiedene Reichsbahnbeamten, sowie abdicirte Urnen, Wahlzettel und Wahlmaterial beschlagnahmt lassen.

Auch verbietet die Abkündigung der Eisenbahner.

Angsburg, 28. Januar. Da auf Veranlassung des Reichsverkehrsministers die Eisenbahnerstreikverordnungen durchzuführen sind, hat der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnverbandes seine Ortsgruppen beauftragt, die Mitglieder in Urabstimmung über die Frage der Arbeitszeitverlängerung Stellung nehmen zu lassen. Das bayerische Gewerkschaftsministerium hat die Vornahme dieser Urabstimmungen für verboten erklärt. In Angsburg wurden die Ortsgruppen der Reichsbahn in den Reichsbahn-Büros und Wohnungen der Reichsbahn-Mitglieder durchsucht und Material für die Urabstimmungen vorgefunden.

Knüttelrohungen in Bayern?

München, 29. Januar. Der Vorsitzende des Bundes „Männer“, Dr. Schaefer, hielt in einer Versammlung in Scheebenhausen eine Rede, die von Ausfällen gegen K a b r drohte. Er stellte mit, daß in nächster Zeit — noch vor dem K i l l e r -Prozess — ein Knüttelrohungen werde, ähnlich wie der am 8. November 1923. Über dieses würde man sich nächstfolgender Gewerkschaften, alle Kräfte abschneiden, alle Parteimitglieder befehlen und die Städte abbrechen. — Der Regierungsgewaltmeister Schaefer ist als einer der Kronzeugen aus dem F u c h s -M a c h a u s -Prozess gestellt. Zu seinen Drohungen erklärt die zuständige Stelle, daß die Regierung diese Drohungen ernst nähme und alle Vorbereitung getroffen habe, um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu gewährleisten.

Ein unverständliches Verbot.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht in seiner Sonnabendnummer ein deutliches Verbot in Wänschen, um den General Pöffe einen Vorwurf daraus zu machen, daß er die Verbreitung dieses Blattes nicht verhindert hat. Hierzu wird nun haltamtlich erklärt: „Der in Wänschen erscheinende Wahlaufruf der Vereinigten wänscher Parteien hat erwiesen, daß eine zu sehr am Vorkant haltende Auslegung der Erklärung der Reichsregierung, wonach Wahlaufrücker die Gewerkschaften zu verurteilen ist, wenn sie auf einen gewissen Umfang der Versammlung hinwirken, dem Gebot der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht immer gerecht wird. Der Inhalt der wänscher Wahlaufruf ist demgemäß das Verbot der Wahlaufrücker, die Wahlaufrücker zu verurteilen und die Wahlaufrücker zu verurteilen.“

Das Flugblatt ist geschmacklos; aber — über den Geschmack läßt sich streiten. Besonders in Wänschen. Nur soll der Wahlaufrücker nicht zum Gewerkschaftler ernannt werden. Und das muß und auch verurteilt werden. Kann man wirklich nicht bespaßen. Denn in der Demokratie arbeitet man besonders in Wänschen überhaupt nur mit der größten Besonnenheit; aber selbst unter „politisch reifen Volk“ weiß doch nun schon ganz genau, daß es eben — Wie es muß ist. Und wenn der politische

Gegner überall als Dummkopf oder Schurke hingestellt wird, so ist das des Landes hier der Brauch und wird wirklich nicht weiter ernsthaft oder tragisch genommen.

Die mysteriösen Selbstmordtoden an Dr. Grandel?

Berlin, 29. Januar. In der Affäre Thormann-Grandel hat am Sonnabend eine nochmalige mehrstündige Bernehmung des Vorsitzenden des Altsüddeutschen Verbandes Justizrat Claß, vor dem Untersuchungsrichter stattgefunden. Grandel hatte bei seiner ersten Bernehmung behauptet, er habe von Justizrat Claß 5000 Goldmark zur Auslieferung des Attentats auf General v. Seeß erhalten. Als er jetzt mit Claß konfrontiert wurde, hielt er diese Darstellung nicht mehr aufrecht. Im übrigen ist neuerdings auch Graf von Reventlow in dieser Angelegenheit vom Untersuchungsrichter vernommen worden. Man rechnet bereits für die nächsten Tage mit dem Abschluß der Voruntersuchung gegen Thormann und Dr. Grandel.

Der Münchener Besuch des Reichsfinanzministers.

München, 29. Januar. Reichslandwirtschaftsminister Graf Kuntz ist von München, wo er einige Tage weilte, gestern nach Berlin zurückgekehrt, nachdem nachmittags ein Empfang im „Hotel Continental“ stattgefunden hatte. Staatsrat Landberg ist als Vertreter des bayerischen Landwirtschaftsministers den Reichslandwirtschaftsminister und die erschienenen Gäste, insbesondere den bayerischen Ministerpräsidenten von Künigl, Graf Kuntz nahm die Gelegenheit wahr, in einer eingehenden Unterredung besonders über die bayerische Landwirtschaftsminister die bayerischen Fragen sich vorzutragen zu lassen.

Die Auslieferung des deutschen Kommunisten Vogt.

Basel, 29. Januar. Das Eidgenössische Bundesgericht hat entschieden, daß dem Erlaß der baskischen Regierung die Auslieferung des seit November 1923 in Basel inhaftierten Kommunisten Vogt zu entsprechen sei. Vogt beteiligte sich an den Feuerzettelaktionen vom 18. September 1923 in Zürich und war auch an den Verhandlungen des deutschen nationalen Kaufmanns Waber beteiligt. Er magte geltend, daß es sich bei den Verhandlungen um eine politische Angelegenheit handle, weshalb er Anspruch auf ein Asyl in der Schweiz habe. Das Bundesgericht sprach sich aber mit ledig gegen eine Stimme dafür aus, daß es sich bei den dem Vogt zur Last gelegten Delikten in weit überwiegendem Maße um gemeine Verbrechen handle, für die ein Asylrecht nicht bestehe. Gegen Vogt hat demnach die Freiburger Strafkammer in den letzten Tagen schon ein Urteil gefällt.

Hunger und Frost tuen weh! Helft alle! Gebt zur Notspeisung

Aus Stadt und Umgebung Radio in Merseburg.

Der Siegeszug des Radio-Gebäudes hat auch in unserer Stadt tiefe Spuren hinterlassen. Die Besenkte des Anschlusses an den Rundfunkverkehr scheint allmählich greifbare Formen anzunehmen. Verschiedene Merseburger Hausleute sind bereits damit beschäftigt, sich über die vielen Facetten zu orientieren, die auf diesem Gebiete gerade in letzter Zeit unendlich hervorgebracht worden sind. Auch die Gründung einer Radio-Vereinigung, die geplant ist, hat in der Stadt ebenfalls einen Aufschwung genommen. Wie verlaufen, soll eine öffentliche Gründungsverammlung in nächster Zeit im Anschluß an die Generalversammlung des Vereines bereits stattfinden. Bis dahin hat auch ein Probeabend am eingetragenen sein, damit die Auslieferung weiter streck am praktischen Beispiele schneller gelangt. Die ganze Bewegung auf diesem Gebiete scheint nur auf das freudigste begrüßen und ihr wünschen, daß sie recht bald zum Ziele gelangt.

Stadttheater Halle. Heute Dienstag, dem 29. Januar, abends 7 1/2 Uhr, geht als Eröffnungsführung Karl Schwaners „Kinbertragödie“ unter der Regie von Dr. Edgar G r o ß in Szene. Das wichtige Drama, das von einer fieberhaft spannenden Handlung erfüllt ist, gehört zu den wertvollsten Stücken des auf dem Theater heimischen Dichters Karl Schwaners. Besichtigt sind die Werke: Greter, Fritz Henkel, Wolfgang Herrmann. Am Sonnabend kommt in neuer Einföndung Wiets „Garmen“ zur Aufführung.

Wie die Alten jagen. Auf das reizende Lustspiel Karl Niemanns, das heute abends 7 1/2 Uhr im Tivoli stattfindet, sei nochmals empfehlend hingewiesen. Da der Reizertrog zum Wesen des Vater. Frauen-Vereines Merseburg-Stadt verwendet wird, ist den Darstellern ein volles Haus zu wünschen.

D. A. B. Drei deutsche Schicksalsfragen behandelt der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verein in der letzten Nummer in mehreren hundert Verhandlungen im ganzen Reiche: Nationale Genossenschaft in Recht und Pflicht eines jeden Volkes; Mißbrauch der Arbeitsgemeinschaft an den Zeichen der Wirtschaft ist nötig, um die Arbeitsgemeinschaft auch mit realer Verantwortung in das Ganze zu binden; herausfindender Staatsaufbau als Weiterentwicklung der Demokratie besprochen, damit das Vaterland für jeden Volksgenossen auch fätsch verteidigungsbüdig werde. Aber diese Frage spricht am Mittwoch, dem 30. Januar abends 8 Uhr in Beth's Gesellschaftsbau“ Herr Otto Thiel, Somburg, Verwaltungsratsmitglied des Verbandes und Mitglied des Reichstages. Wer zu jenen kommen wünscht, wende sich an ein ihm bekanntes Mitglied, das ihn gern einführen wird.

Kartell. In der Sonderzug nach Bad Sachsa fährt erst am 10. Februar. Medelsburg am 2. Februar. Kartellausgabe ab Donnerstag, dem 7. Februar.

Rom Jungfrauenorden. Am Donnerstag, dem 31. 1. 1924, abends 8 Uhr, veranstaltet die Bruderstadt Merseburg in Tivoli einen Deutschen Abend zu Gunsten der Gewerkschaft. Dem an die Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung während der jantischen Unterdrückung! Ist es heute in unserem Vaterland anders? Sind wir nicht alle Geusen? In dem Heise ein jeder und unterhalte die Veranstaltung! Anand Wolke hat seinen zweiten Gitarrenabend im Herzog Hofbau. Wie zum ersten Male, so war auch gestern der Saal wieder bis auf den letzten Platz gefüllt und das begeisterte Publikum benedete dem Künstler und seinen Götterreue aufrechten Dank, der sich zum Schluß sogar in lebhaftem Beifall fundat.

Wann gehe ich ins haisische Stadttheater?						
Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend	Sonntag
Kinder- tagdie.	Tann- hauer	König	König	Garmen.	Lupe- burg.	

Die Dienstzeit der Staatsangestellten. Für die Dienstzeit der Angestellten des Reiches und des Staates gelten nach einem Beschluß der Reichsregierung die Bestimmungen, wie sie für die Beamten für die Zeit bis zum 31. Dezember 1923 aufgestellt worden sind. Es gilt dies sowohl für die Angestellten der Reichsregierung als auch für die Angestellten der Reichsbeamten der Reichsregierung. Die Bestimmungen sind: Die Dienstzeit der Angestellten der Reichsregierung beträgt 10 Stunden täglich regelmäßig nicht überschreiten soll. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und der Pausen richtet sich innerhalb dieses Höchstmaßes wie für die Beamten.

Neue Reife- und Verrechnungssätze. Die Tagelöhner der Reichsbeamten bei Dienststellen nach besonders leuren Orten betragen vom 1. Februar an nach einer Verfüngung des Reichsministers der Finanzen die Sätze 1 bis V, 5, 6, 7, 8, 8, 50, 10, 50 und 12, 50 Goldmark, das Leber- nachtageloh 3, 7, 5, 6, 50, 7, 75 und 9 Mark, nach anderen Orten das Tageloh 4, 6, 8, 9 und 11 Mark, für das Lebernachtageloh 2, 3, 4, 5 und 6 Mark. Die Vergütung für Besprechungen, die nicht auf Eisenbahnen uhn, ausübt geleist werden können, beträgt 1 Pf. Die Höchstätze für Besprechungs- und Tagelöhner nach dem Fallfall des Dienstfreistellungsgebotes an geben von 75 Pf. bis 7 Mark, je nach dem Hausstand und der Stufe des Beamten. Die Höchstbeträge für Entschädigungen sind ebenfalls von 75 Pf. bis 7 Mark abgetuft.

Die Mederzeit zur zweiten Verprüfung in dem „Am- lichen preussischen Preßedienst“ zufolge für das laufende Jahr auf den 15. Februar und den 15. August d. J. fest- gesetzt.

Einkommensteuerfragen. Entschädigungen, die das Reich zahlt, werden unter Umständen von ihm besteuert, unterliegen also eigentlich einem Abzug. So ist nach einem Urteil des Reichsfinanzhofes, das jetzt den Steuerbehörden in Geltet mitgeteilt wird, die Entschädigung des Betriebs- inhabers für die Stilllegung seines Betriebes nach dem Gesetz über das Brauereiwesen aus dem Grundbesitz. Eine andere Entschädigung zur Einkommensteuer befaßt, daß ein im Laufe eines Geschäftsjahres erzielter Geschäftser- winn nicht dadurch aufgehoben wird, daß das Geschäft vor Abschluß des Geschäftsjahres zu einem hinter dem Werte zurückbleibenden Besitz über den in Vermögensabficht veräußert wird. Ein derartiges Geschäftsjahr ist als ein drittes Entschädigung zur Zeit der Steuerver- nachung eine gesetzliche Unterhaltspflicht besteht, gibt ein mit Rücksicht auf das Befehlen derartiger gesetzlicher Vor- schriften geschlossener Vertrag kein Abzugrecht. Darauf, ob er vor Feststellung der Unterhaltspflicht geschlossen ist, kommt es nicht an.

Was bei der Einkommensteuer nicht abgezogen werden darf. Der Senat des Reichsfinanzhofes (Urteil vom 20. September 1923 Sammlung der Entscheidungen des Reichs, 12. Band Seite 133) hat entschieden, daß die Kosten eines Urlaubserlaubes vom steuerbaren Einkommen grundsätzlich nicht abgezogen werden dürfen. Der Ver- waltungsführer hatte den Abzug von 2500 Mark als Ver- lustposten für die während eines Urlaubs von dem Grund- stück aus einem auf ärztliche Anordnung verbrachten Land- aufenthalt erwahnen waren. Zur näheren Begründung war ausgeführt, daß er, der Verwehrefführer, diese be- sonderen Aufwendungen habe machen müssen, um nicht seine infolge des Krieges geschwächte Dienstfähigkeit einzu- sparen. Die erwahnen Ausgaben sind gegenüber den sonstigen Verlangenen aus dem Standpunkt, daß der Verwehrefführer durch den Aufenthalt ebenso wie die Kosten der Ernährung aus- stoßen des Haushalts anzusehen“ seien, da es sich um Aufwendungen handelt, die für die Fortführung des täglichen Lebens gemacht werden.“ Das Einkommensteuer- gesetz behält die Abrechnung des persönlichen Einkommen- steuerpflichtigen an der Abzugsfähigkeit der Ausgaben für die Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesund- heit. Zu diesen Ausgaben gehören aber alle Auf- wendungen zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesund- heit, einerseits, aber der Steuerpflichtige durch persön- liche Arbeit Einkommen erzielt und auch diesem Grunde die Einkommensteuer zu zahlen hat. Die Abrechnung der Abrechnung der Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesund- heit, die zur Erzielung von Einkünften vorgenommen ist, aber auf andere Ursachen zurückzuführen ist. Eine Grenze zu ziehen zwischen Ausgaben, die der Gesundheit im all- gemeinen dienen und solchen, die nur die Leistungsfähigkeit zu erhalten sollen, ist in der Regel praktisch nicht möglich. Ob Ausnahmefälle aussernehmen seien, wurde nicht festgestellt. Mit dieser letzteren Feststellung läßt der Hof die Frage der Abzugsfähigkeit von Aufwendungen der genannten Art für den bestimmten Einzelfall offen. Sein Entscheidet wendet sich nur gegen das Verlangen ge- nereller Anrechnung unter Werbungskosten.

Die Beziehung des Werkmeisters Erich Riez.

Auf dem Friedhofe des Zweckerbundes wohnt sich ein reiches Grab. Hier hat Werkmeister Riez, der bei dem Explosionsunglück im Ammoniakwerk in Treuer Wänscher- bergung in der Nacht vom 1. auf den 2. Februar 1923 die letzte Ruhestätte gefunden. Er ist hoch das erste Mal das Neu-Röffen eine so gewaltige Trauerfeierung erlebt hat, ein Beweis dafür, welcher Freundschaft und Ver- liebtheit sich der verstorbenen Meister erfreut hat. Die kleine Kapelle vermochte die große Trauergemeinde nicht zu fassen, so daß der größte Teil draußen harrten mußte. Bald nach 3 1/2 Uhr hielt der Pastor eine ergreifende Trauer- andacht, in der er die Treue und das unauflösbare Pflicht- gebot des jüdisch aus dem Leben Gerufenen rühmte. Arbeiter der Wasserlöschfreiwilgung, zu der der Verstor- bene gehörte, trugen ihren toten Meister zum Wagen. Am dem Friedhof sprach Pastor Riez, ein letztes Ge- bet und erteilte die irdischen Beerdigung. Daraus sprach Direktor Dr. Schmeider als Vertreter der Direk- tion des Werkes und Dr. von Sta ben legte als Betriebs- führer der Abteilung einen Kranz nieder. Für die Aufstel- lung der Wasserlöschfreiwilgung sprach Obermeister Müller den letzten Gruß. Im Namen des Angestelltenrates ge- liebt durch den Verstorbenen die irdischen Beerdigung, die verunglückten Meisters zu sorgen. Für den Werkmeisters- verband sprach Meister Heibbe, für den Männergesangsver- band der Vorsitzende Meyer. Arbeiter Scholz gedachte als Vertreter der Gesamtbelegschaft des Toten und Meister Dom- die verlor die Kriegesbeschädigten. Die Kranzüberlegung durch den Vorsitzenden des Zweckerbundes Senna, Zwecker- bandsvorsitzer G o r t z bildet den Abschluß der feier- lichen Trauerfeierung.

Aus der Elster und Luppehau, 29. Januar. Das Gegeßelheit der Gänse hat in verschiedenen Daus- hallungen der heiligen Ortshäuser begonnen. Es wird auch ein gewisser Wettbewerb darin gesucht, möglichst schnell junge Gänse zu ziehen und die erste Hüggen zu bekommen. Was auf den Markt zu bringen, da diese begehrt ist und teuer bezahlt wird. In Züchtereireisen wartet man vor zu harter und einseitiger Kartoffelfütterung während der Vegetet, da man sonst auf saule Eier zu rechnen habe. Bei dem vor- handenen Wasser und den abgebliebenen Weidenpflanzen ist die Fütterung hier schon im Gange. In anderen Wänschen gelangt und wird auch von kleineren Gänsezüchtern har- ge- trieben, da gegebenenfalls auch ein lohnendes Geschäft damit verbunden ist.

Die englische „Arbeiterregierung“.

Die sozialistische Presse nennt die Bildung der englischen Regierung durch die Arbeiterpartei ein geschichtliches Ereignis. Darin ist nur Fabelhaftes zu sehen...

Bemerkung von Grundbesitz für Verkauf.

Die Umstellung auf die Goldrechnung und die Abminderung des Wertpapierswertes als Maßstab für gewisse Wertungswerte veranlaßt viele, den Wertpapierswert von Grundbesitz für eine auch jetzt noch brauchbare Wertungsgrundlage zu halten.

Wie will man den gemeinen Wert von Grundbesitz feststellen, wenn es keinen normalen Grundbesitzmarkt gibt? Von dem Preisvergleich infolge Angebot und Nachfrage kann jetzt auf dem Grundbesitzmarkt gar nicht die Rede sein.

Somit entsprechende Berechnungen für 1922/23 vorliegen, ergeben sie ein noch unangünstigeres Bild. Weiterhin ist gegenüber den Friedensverhältnissen insbesondere auf folgende Faktoren hinzuweisen, die Ertrag und Wert der Landwirtschaft erheblich mindern müssen.

häufigste vorübergehen. Doch die Kaufkraft der Massen vermindert ist, daß die Produktionsmöglichkeiten unter den jetzigen Umständen schlechter sind als im früheren Erdungsstaat.

Aus alledem ist jedenfalls zu folgern, daß bei jeglichem Grundbesitzverkauf das Spekulationsmoment ungleich stärker ist als früher, gleichgültig, ob man einen Goldpreis ansetzt oder Zahlung in Metallgroschen, denn diesen liegt das eine bestimmte Vertrauen des Käufers nach einer Summe von Annehmlichkeiten zugrunde.

Die Umgestaltung des Zivilprozesses.

Ein im Rechtsjustizministerium ausgearbeiteter Entwurf hat über eine Veränderung des Zivilprozesses dem Reichstagsrat vorgelegen und soll dort die Zustimmung gefunden haben.

Die Schupo im Examen.

Für die Sicherheit der Allgemeinheit ist es von größter Wichtigkeit, daß die Beamten der Schutzpolizei mit größter Sorgfalt ausgebildet werden, denn es sind äußerst hohe Anforderungen, die an den „Schupomann“ gestellt werden und die er im Dienste erfüllen muß.

gebildet sind und für welchen Dienstweg er am besten paßt. Bei der Prüfung ist auch die persönliche Beobachtung des Anwärters von sehr großer Bedeutung.

Kunst und Wissenschaft

Zur neuen Generalintendantur von Weimar. Das Thüringische Staatsministerium hat den im Juni 1923 ablaufenden Vertrag mit dem bisherigen Intendanten des Weimarer Nationaltheaters Ernst Dohst nicht erneuert.

Volksbildungsministerium die Ermächtigung erteilt, den Betrag mit Dr. Ulrich abzuschießen, erhob der Militärschlesischer in Weimar, General Dasse, im letzten August ein Gesuch.

Gemäde im Werte von 100 000 Goldmark gezeichnet. Für 100 000 Goldmark Gemäde zu erheben. Eine dreifache Menge in den Jahren 1924 bis 1926.

Ein Sollwert deutscher Wissenschaft am Rhein. Das Institut für geschichtliche Landesunde der Rheinlande, das im Winter 1920/21 in Bonn eröffnet wurde, hat sich allmählich zu einem wichtigen Mittelpunkt der Arbeit gegen die feindliche Propaganda entwickelt.

Deutsche Bibliotheken in Weimar. In dem ehemals russischen heute rumänischen Weimar gibt es bekanntlich eine bedeutende Anzahl deutscher Siedlungen.

